

«Wenn ich zurückgehe, werde ich getötet»

Im Iran war er politisch aktiv und deshalb gezwungen, zu flüchten: Wie Pedram sich dazu entschloss, gegen das Regime zu kämpfen, wie er den Krieg mit Israel einschätzt und weshalb er weitermacht, obwohl vier seiner Freunde hingerichtet wurden.

Fabienne Jacomet

SCHAFFHAUSEN. Als Pedram* um die 20 Jahre alt ist, beschliesst er, Politikwissenschaften zu studieren. Schliesslich hat ihn das schon immer interessiert. Er meldet sich an der Uni an – dort wird ihm gesagt, dass nur drei Personen dasselbe studieren wollen. Weil niemand Interesse habe, finde der Studiengang nicht statt. Fehlendes Interesse wird aber nicht der Grund sein, vermutet Pedram. Es dürfte vielmehr um etwas anderes gehen, denn er lebt zu dieser Zeit im Iran. «Die Regierung will nicht, dass Menschen mehr über Politik lernen», sagt er. Also wählt er statt Politik Psychologie. Aber als Pedram seine Bücher erhält, traut

«Ich kämpfe weiter gegen die Islamische Republik, das ist mein Weg.»

Pedram
politischer Aktivist aus dem Iran



Pedram ist seit bald drei Jahren in der Schweiz und hofft, dass die Menschen im Iran aufstehen und sich gegen das Regime wehren.

Bild: Roberta Fele

er seinen Augen nicht: «Sie haben alles geändert.» So hiess es in den Uni-Unterlagen beispielsweise, die Theorien von Sigmund Freud seien falsch. «Weil das, was er geschrieben hat, nicht zum Islam passt», sagt Pedram.

Für Pedram sind diese zensierten Uni-Bücher der Tropfen, der das Wasserglas zum Überlaufen bringt. Er will so nicht studieren, so nicht leben. Schon immer habe er die Islamische Republik abgelehnt, sich am totalitären Regime gestört. «Islam und Politik gehören nicht zusammen», sagt er. Also fasst er mit 21 den Entschluss, sich zu wehren – und schliesst sich der im Iran verbotenen oppositionellen kurdischen Komala-Partei an. Heute lebt er in Schaffhausen und wartet seit bald drei Jahren auf einen definitiven Asylentscheid des Staatssekretariats für Migration (SEM).

Von seiner Familie im Iran habe Pedram seit Beginn des jüngsten Kriegs zwischen Israel und dem Iran nichts mehr gehört – auch nachdem die Waffenruhe verkündet wurde. Im Iran sei das Internet gedrosselt worden. Er weiss nicht, wie es der Familie geht, wie sich seine Angehörigen fühlen. «Das Regime will nicht, dass

die Menschen im Land reale Nachrichten über den Krieg erhalten. Sie haben Angst, dass die Leute aufstehen», sagt Pedram. Er spricht ruhig, wirkt gefasst.

Der Krieg ist der letzte Tropfen

Schon öfter gab es grössere Proteste im Iran, zuletzt unter dem Motto «Jin, Jiyar, Azadi», was «Frauen, Leben, Freiheit» bedeutet. Ausgelöst wurden sie, als die kurdische Iranerin Mahsa Amini in Polizeigewahrsam gestorben war. Sie war verhaftet worden, weil sie kein Kopftuch tragen wollte. Schon damals äusserten Exil-Iranerinnen und -Iraner die Hoffnung, dass das Regime durch die Proteste stürzen könnte. Dann flachten die Proteste immer weiter ab. Wieso sollte es diesmal anders werden? «Die Menschen im Iran kennen jetzt die Wahrheit über das Regime. Es redet viel, hat aber kaum mehr Macht», sagt Pedram. Es gebe viele Probleme im Land, die Wirtschaft sei am Boden. «Die Leute haben keine Geduld mehr. Ich denke, sie werden in den nächsten Monaten aufstehen.»

Pedram kommt wieder auf das volle Wasserglas zu sprechen. Der Krieg sei – wie für ihn die zensierten Bücher

– wie ein letzter Tropfen in dieses Glas. «Das ist nicht der Krieg des iranischen Volks. Es ist der Krieg zwischen der Islamischen Republik Iran und Israel. Die Islamische Republik repräsentiert nicht die Menschen im Iran. Wir dürfen unser Motto nicht vergessen: «Frauen, Leben, Freiheit». In diesem Motto gibt es keinen Platz für eine islamische Regierung.»

Bevor der Kontakt unterbrochen wurde, hat Pedram nie mit seiner Familie über Politik gesprochen. «Sie haben Angst, über solche Themen mit mir zu reden.» In der Verwandtschaft gab es aber Leute, die politisch aktiv waren. So kommt Pedram schon als Kind in Kontakt mit der Komala-Partei. Seit fünf Jahren ist er Mitglied und verbrachte einen Teil seiner Zeit bei der Partei in einem Camp im Irak, nahe der iranischen Grenze. Es sei für Kurden, die vom Regime sowieso nicht gern gesehen werden, relativ einfach, den Iran zu verlassen, sagt er. Für Regimegegner aus Teheran oder Maschad sei es viel schwieriger oder fast unmöglich.

Im Camp im Irak macht er eine militärische und politische Ausbildung. Die Parteimitglieder würden zwar Waffen tragen, jedoch nur zur Verteidigung, betont Pedram. Komala sei nicht dasselbe wie die kurdische Arbeiterpartei PKK. «Sie sind militaristisch unterwegs, wir nicht.»

Das Camp im Irak sei wie eine kleine Gesellschaft aufgebaut gewesen – und es gab Maulwürfe des iranischen Regimes. «Wenn Parteimitglieder alleine in der Stadt unterwegs waren, wurden sie erschossen.» Zudem seien sie auch bombardiert worden. Beispielsweise kurz nach dem Tod von Mahsa Amini. «Das Regime gab der Partei die Schuld an ihrem Tod und zerstörte eines unserer Camps. Zehn Menschen starben», sagt Pedram. Seit er Mitglied in der Partei wurde, werde seine Familie regelmässig vom Regime bedroht. Erst



Nach dem Tod von Mahsa Amini gingen Menschen weltweit auf die Strasse. Hier in Istanbul.

Bild: Keystone

«Wenn es im Iran eines Tages wirklich einen Wandel gibt, möchte ich gerne dorthin zurückkehren und vielleicht Politik machen.»

Pedram
politischer Aktivist aus dem Iran

seit er in der Schweiz ist, sei es weniger geworden. Und lange wusste er gar nicht, wie gross die Störmanöver des Regimes tatsächlich waren. «Meine Familie wollte es mir nicht sagen.»

Die Familie wird bedroht

Vom SEM erhält Pedram zuerst einen negativen Asylentscheid. Er reicht daraufhin Beschwerde ein. Um zusätzliche Beweise, dass er aus politischen Gründen hier in Schaffhausen ist, zu sammeln und einzureichen, bittet er seine Familie, ihm genau zu schildern, was nach seiner Abreise in den Irak geschehen ist. Und sie erzählen.

Kaum ist Pedram im Irak, fangen die Störmanöver des Regimes an. Eines Tages ruft das «Informationsamt» die Familie an, fordert sie auf, zu erscheinen und zu erklären, weshalb ihr Sohn solche Dinge tue. «Gehen Sie in den Irak und holen Sie Ihren Sohn zurück», wird der Familie befohlen.

Fortsetzung auf Seite 17

Die Komala-Partei

Laut der Website der Partei wurde Komala 1969 von kurdischen Studierenden in Teheran gegründet und agierte im Untergrund, da es keine politische Freiheit gab. Viele Mitglieder seien in den 60er- und 70er-Jahren von der iranischen Geheimpolizei verfolgt und verhaftet worden. Nach der Islamischen Revolution 1979 war Komala nach eigenen Aussagen die erste politische Kraft in Kurdistan, die für

den Boykott der Islamischen Republik Iran eintrat. Komala fordert laut der Website einen demokratischen, säkularen, pluralistischen, föderalen Iran. Und «kämpft für soziale Gerechtigkeit, für ein demokratisches Arbeitsrecht, für Versammlungs- und Organisationsfreiheit, politische Freiheiten, Demokratie, Menschenrechte, Frauenrechte sowie kulturelle und religiöse Toleranz». (fja)

Mittwoch, 16. Juli 2025

Region

Deutlich weniger Gefängnisstrafen

Schweizer Gerichte sprachen 2024 deutlich weniger kurze Haftstrafen, auch in Schaffhausen war das nicht anders. Das Bundesamt für Statistik vermutet, dass die Staatsanwaltschaften absichtlich einen bequemeren Weg gehen. Der erste Schaffhauser Staatsanwalt widerspricht.

Lucas Blumer

SCHAFFHAUSEN. Bedienen sich Schweizer Staatsanwälte und Staatsanwältinnen eines Buben-trickklis, um weniger arbeiten zu müssen? Das legt das Bundesamt für Statistik (BFS) in seiner am Montag veröffentlichten Medienmitteilung zur Strafurteilsstatistik 2024 nahe. Darin wird nämlich deutlich, dass 2024 viel weniger Personen zu kurzen, unbedingten Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten verurteilt wurden als noch 2023. 48 Prozent weniger, um genau zu sein. Dafür hat die Anzahl an ausgeteilten Bussen deutlich zugenommen, und darin sieht das BFS eine mögliche Korrelation. Doch die Schaffhauser Staatsanwaltschaft ist mit diesem Erklärungsversuch alles andere als einverstanden.

Wurden 2023 schweizweit noch knapp 6000 Menschen für bis zu sechs Monate ins Gefängnis geschickt, hat sich die Anzahl von Kurzaufenthaltern im Knast 2024 fast halbiert: Nicht mehr als gut 3000 Personen schickten die Schweizer Gerichte im vergangenen Jahr für (relativ) kurze Zeit hinter Gitter. Gestiegen ist allerdings die Anzahl an verteilten Geldstrafen. Rund 3000 Bussen mehr (davon etwa 1600 unbedingt) sprachen die Gerichte im vergangenen Jahr. Also etwa 3000 Personen weniger ins Gefängnis, dafür rund 3000 Bussen mehr – scheint aufzugehen? Das vermutet auch das BFS.

Rückgang um zwei Drittel in Schaffhausen

Auch in Schaffhausen ist dieser Trend zu weniger Gefängnis und mehr Bussen bemerkbar: Wie die Statistik des BFS zeigt, wurden 2023 insgesamt 24 Personen zu einer unbedingten Haftstrafe von weniger als sechs Monaten verurteilt. 2024 waren



2024 wurden in der Schweiz deutlich weniger Personen zu kurzen Haftstrafen verurteilt. Die Gründe sind umstritten. Bild: Melanie Duchene

es noch acht. Das bedeutet einen Rückgang von 66 Prozent, deutlich mehr als im Schweizer Durchschnitt. Ebenso zeigt sich in Schaffhausen eine Zunahme an Geldstrafen: Wurden 2023 noch 275 Bussen gesprochen, waren es 2024 insgesamt 387 (davon 46 unbedingt).

Die Verbindung, die das BFS zwischen den steigenden Busenzahlen und sinkenden Gefängniseintritten vermutet, hat insbesondere mit einer neuen Regelung zu tun, die seit dem 1. Januar 2024 in Kraft ist. Die Re-

gelung verpflichtet Staatsanwaltschaften, eine beschuldigte Person zu vernehmen, wenn dieser gemäss Strafbefehl eine Freiheitsstrafe droht. Es könne also gut sein, dass diese neue Regelung dazu geführt habe, dass sich die Staatsanwaltschaften bei weniger schweren Straftaten vermehrt für Geldanstatt Freiheitsstrafen ausgesprochen haben, nachdem sie die beschuldigte Person einvernommen oder gleich ganz auf die Einvernahme verzichtet hätten, so das BFS.

Peter Sticher, Erster Staatsanwalt des Kantons Schaffhausen, hat auf Anfrage der «Schaffhauser Nachrichten» keine direkte Erklärung für diese Entwicklung, er widerspricht dieser Theorie des Bundesamtes aber entschieden.

«Das stimmt sicher nicht», sagt Sticher. «Wenn wir eine Befragung machen müssen, dann machen wir die auch.» Er und seine Staatsanwältinnen und Staatsanwälte würden mit Sicherheit nicht Geldstrafen aussprechen, wenn

unbedingte Freiheitsstrafen angebracht wären. «Bei 24 Fällen mit Aussprechung einer unbedingten Freiheitsstrafe im Strafbefehl wie im Jahr 2023 sind das zwei Einvernahmen pro Monat, das ist für uns mit 20 Staatsanwältinnen und Staatsanwälten durchaus machbar», sagt er, «eine solche Einvernahme ist auch keine Hexerei.»

Für Sticher ist klar, dass die Zahlen keine Signifikanz aufwiesen. Er sei der Ansicht, dass das vergangene Jahr schlicht ein

Ausreisser in der Statistik sei und der plötzliche Rückgang der unbedingten Freiheitsstrafen in Strafbefehlen – zumindest in Schaffhausen – keine grössere Bedeutung habe. «Wir haben im Übrigen im ersten Halbjahr 2025 bereits zehn Einvernahmen mit anschliessenden Strafbefehlen mit unbedingten Freiheitsstrafen gemacht, wenn es so weitergeht, sind wir bis Ende Jahr also wieder etwa auf dem Höchstniveau von 2023», ergänzt Sticher abschliessend.

Fortsetzung von Seite 15

«Wenn ich zurückgehe, werde ich getötet»

Nur gibt es da ein Problem: Pedrams Familie hat keine Pässe. Dem «Informationsamt» ist das egal, sie entscheiden, dass Pedrams Mutter illegal über die Grenze gehen soll. «Und dann kommt meine Mutter mit meinem Bruder ohne Pass und Visa in den Irak. Ich war so wütend», sagt Pedram. Er weigert sich, mit den beiden zurückzugehen.

Neun Monate später erhält er etwas Geld. Er deutete es als Zeichen, den Irak zu verlassen. Er überquert die Grenzen von zehn Ländern. «Und jetzt bin ich hier.» Auch in der Schweiz hat die Komala-Partei ein Komitee. Pedram ist Mitglied, spricht an Seminaren und in Onlinekursen. «Ich kämpfe weiter gegen die Islamische

Republik, das ist mein Weg», sagt er. Gerne würde er eine Ausbildung zum Detailhandelsfachmann machen.

Vorwurf der Spionage

Pedram sagt, dass er im Falle einer Rückkehr in den Iran unter die Kontrolle des islamischen Regimes geraten «und in eine äusserst schlimme und furchtbare Lage gebracht würde»: Vor drei Jahren wurden vier seiner Freunde und Parteikollegen von Sicherheitskräften des iranischen Regimes verhaftet und festgenommen. Kurdische und iranische Medienberichte darüber sind online zu finden. «Sie waren anderthalb Jahre im Gefängnis – ohne jeglichen Kontakt zur Aussenwelt und ohne Rechtsanwalt.» Es sei behauptet worden, die vier hätten mit Israel und dem Mossad zusammengearbeitet und in Kontakt gestanden.

Unter Folter und durch erzwungene Geständnisse seien sie schliesslich dazu gezwungen worden, in einem Propaganda-

video zugunsten des Regimes mitzuwirken – und wurden schliesslich hingerichtet.

«Unsere Partei hat keinerlei Verbindung zu Israel und führt keine bewaffneten Aktionen durch. Dennoch beschuldigt uns das iranische Regime der Zusammenarbeit mit Israel

und erhebt gegen uns den Vorwurf der Moharebeh (bewaffneter Kampf gegen die islamische Regierung), der Spionage für Israel und der Verbindung zum Mossad – woraufhin wir verhaftet, gefoltert und hingerichtet werden», sagt Pedram. «Wenn ich zurückgehe, werde

ich zu 100 Prozent auch getötet.» Und würde er zurückgehen, wenn sich im Iran etwas ändert? «Die Islamische Republik Iran ist für mich nicht nur eine Regierung. Ich bin auch gegen den alten Glauben im Iran, die alten Traditionen», sagt er immer noch mit dersel-

ben Ruhe wie am Anfang des Gesprächs. «Aber ja. Wenn es im Iran eines Tages wirklich einen Wandel gibt, möchte ich gerne dorthin zurückkehren und vielleicht Politik machen.»

* Nachname der Redaktion bekannt

Geflüchtete aus dem Iran in der Schweiz

Laut dem SEM haben 2025 bis zum 31. Mai 115 Menschen aus dem Iran Asyl beantragt. 2024 waren es 389 und 2023 565. In diesen beiden Jahren wurden insgesamt fünf Personen dem Kanton Schaffhausen zugewiesen. Dieses Jahr wurde bisher 74 Menschen aus dem Iran Asyl gewährt. 213 Gesuche wurden abgelehnt oder es wurde gar nicht erst darauf eingetreten.

Die Gründe, weshalb jemand Asyl erhält oder nicht,

werden statistisch nicht erfasst, heisst es auf Anfrage beim SEM. «Das SEM prüft jedes Asylgesuch im Einzelfall.» Alt Nationalrat Roger Köppel (SVP) forderte 2018 in einer Motion, dass die Gründe für Asylentscheide statistisch ausgewiesen werden. Der Bundesrat empfahl den Vorstoss zur Ablehnung, da es bei den relevanten Gründen in der Praxis oft inhaltliche Überschneidungen gebe. «So kann eine politisch motivierte staatli-

che Verfolgung auch aus ethnischen Gründen erfolgen.» Dies sei beispielsweise dann der Fall, wenn Mitglieder einer politischen Partei, die sich für ethnische Minderheiten einsetzt, staatlich verfolgt werden. «Eine eindeutige statistische Erfassung ist daher nicht möglich.» Eine korrekte und lückenlose Erfassung der Verfolgungsgründe würde zudem bedingen, so der Bundesrat, dass die Asylentscheide des SEM sowie allfällige

Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes (BVGer) im Einzelfall aufgeschlüsselt werden müssten. «Dies würde zu einem massiven administrativen Mehraufwand für das SEM und für das BVGer ohne erkennbaren Nutzen führen.» Zudem ändere eine statistische Erfassung der Gründe nichts am Asylrecht. Die Motion wurde schliesslich abgeschrieben, weil sie nicht rechtzeitig abschliessend im Rat behandelt wurde. (fja)